

GRUNDLEGENDER BRUCH MIT DEM POLITISCHEN SYSTEM

SASCHA REGIER
Referat gewerkschaftliche Bildung GEW Nordrhein-Westfalen

*Bildung gegen die Demokratie.
Zum Bildungsverständnis der AfD.*

Das der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt vom Landesverfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft wird, kommt nicht von ungefähr. Ihr bereits siegesicher als „Regierungsprogramm“ bezeichnetes Wahlprogramm gilt für den Politikwissenschaftler Prof. Hajo Funke als das „radikalste, aggressivste und brutalste“ der AfD seit ihrer Gründung. Hier wird ein grundlegender Bruch mit dem politischen System angekündigt, der als Blaupause für ganz Deutschland dienen soll. An seiner Ausarbeitung war maßgeblich der Pressesprecher der Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, Patrick Harr, beteiligt. Ideologisch kommt er aus dem Neo-Nationalsozialismus und war Funktionär der 2009 wegen ihrer Wesensverwandtschaft zur NS-Hitlerjugend verbotenen „Heimatreuen Jugend“. Deutlich zeigen sich im Wahlprogramm auch die Einflüsse der selbst ernannten „Intellektuellen“ der Neuen Rechten um den rechtsextremen Verleger Götz Kubitschek: Völkischer Nationalismus und ein geplanter autoritärer Umbau der Gesellschaft manifestieren sich nicht nur im Kapitel „Einwanderung und Remigration“ (geplant ist eine „Abschiebeoffensive“), sondern auch bei der „Schulbildung“. Das Konzept der „Remigration“ ist samt Vorstellung einer ethnisch und kulturell homogenen Bevölkerung gegenüber einer multikulturellen und diversen Einwanderungsgesellschaft explizites Leitmotiv des Programms und des Bildungsverständnisses der AfD.

*Noch immer das holzern pedantische Volk,
Noch immer ein rechter Winkel
In jeder Bewegung, und im Gesicht
Der eingefrorene Dünkel.
Sie stelzen noch immer so steif herum,
So kerzengerade geschniegelt,
Als hätten sie verschluckt den Stock,
Womit man sie einst geprügelt.
Ja, ganz verschwand die Fuchtel nie,
Sie tragen sie jetzt im Innern;
Das trauliche Du wird immer noch
An das alte Er erinnern.*

AUS: HEINRICH HEINE,
„DEUTSCHLAND, EIN WINTERMÄRCHEN“ (1844), CAPUT III

Hausunterricht statt Schulpflicht

Nachdem die AfD das Thema Bildung lange vernachlässigt hat, ist es nun auch in den Wahlprogrammen (sowohl in dem der AfD Sachsen-Anhalt als auch im Bundesprogramm der Partei) zentral. Abgeschafft werden soll laut AfD Sachsen-Anhalt die staatliche Schulpflicht. So soll Hausunterricht durch die Eltern ermöglicht werden. Hintergrund ist hierbei, dass die Schulen angeblich politisch indoktrinierten und nicht „neutral“ seien. Dies zeige sich unter anderem darin, dass Lehrpläne und pädagogische Materialien unter dem Einfluss einer „Regenbogenideologie“ „pervers-linke[r] Fanatiker“ stünden, die „deviant[e] Formen von Sexualität“ gegenüber „normaler Geschlechtsidentitäten“ propagierten. Hierdurch werde das „Leitbild der traditionellen Familie“ als Grundsatz des „Volkes“ unterminiert. Zudem müsste eine „Erziehung zur Männlichkeit“ gefördert werden. Vorbild ist hierbei das Russland unter Putin. Russland steht aus Sicht der AfD für das traditionelle und autoritäre Gegenbild zu dem als „dekadent“ begriffenen Westen mit seinen Werten der Vielfalt und Selbstbestimmung. Gesellschaftliche Vielfalt wird nicht als Bildungsziel anerkannt, sondern als Störung kultureller Homogenität gesehen. Dies manifestiert sich auch in institutionellen Forderungen: Die Schulklassen sollen homogen zusammengesetzt sein. Geflüchtete Kinder seien in Sonderklassen zu unterrichten. Nicht nur soll ihnen „so die Botschaft vermittelt werden, dass Ihr Aufenthalt in Deutschland nur ein vorübergehender ist“, sondern auch, weil „unsere Kinder von den vielfältigen Belastungen freizuhalten [seien], die sich beim gemeinsamen Unterricht mit Kindern aus völlig fremden Kulturen ergeben“. Dieses Argument wird auch für die Beendigung von Inklusion in Stellung gebracht, da diese „Mitschüler [...] am Lernfortschritt hindern“ würde. Daher soll auch das selektive dreigliedrige Schulsystem beibehalten werden. Marginalisierte Gruppen sollen nicht zu ihrem Recht auf Bildung kommen – oder geschützt werden gegen Diskriminierung. Denn die AfD will auch das Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ beenden und begründet dies – entgegen jeder empirischen Evidenz – damit, dass „es echten Rassismus kaum noch gibt.“

„Mehr Bismarck, weniger Hitler“

Um ihre „geistig-kulturelle Erneuerung und Wende auf allen Ebenen“ durchzusetzen, fordert die AfD inhaltlich eine Umschreibung der Lehrpläne. Geschichtsunterricht dürfe sich nicht auf die „Tiefpunkte unserer Geschichte konzentrieren“, er müsse „auch die Höhepunkte im Blick haben“. Die Beschäftigung mit der Shoah und dem Nationalsozialismus (der ehemalige Geschichtslehrer Björn Höcke, heute Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag Thüringen, spricht von „Schuldskult“) soll aus den Schulen – und damit auch aus der Öffentlichkeit – getilgt werden. Der bildungspolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, Hans-Thomas Tillschneider, fordert „Mehr Bismarck, weniger Hitler“, da das 19. Jahrhundert für die Identität der Deutschen wichtiger als das 20. Jahrhundert sei. Folgerichtig geht es für die AfD um die Wiederbelebung der Staatsbürgerkunde des obrigkeitstaatlichen Kaiserreiches. In diese Kerbe schlägt auch das Ziel, die Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt, „die linken Ungeist“ verbreite, in ein „Landesinstitut für staatspolitische Bildung“ umzubauen, um „Heimatgefühl und die Nationalidentität [zu] stärken“. In diese Logik passt auch, dass die AfD Islamunterricht an deutschen Schulen ablehnt. Gegenüber einer angeblich vorherrschenden „Kuschelpädagogik“ sollen Kinder und Jugendliche in der Schule die „preußischen Tugenden“ (Björn Höcke) „Geradlinigkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein vermittelt werden“. Dafür müsse der Lehrer wieder eine pädagogische Autorität samt ausgeweiteter „Disziplinarrechte“ darstellen. Schülerinnen und Schüler sollen in Schule nicht mitbestimmen können, denn in Schule sei das „demokratische Prinzip fehl am Platz“. Diese knappen Aufzählungen zeigen, dass die AfD mitnichten – wie sie behauptet – dem humanistischen Bildungsideal Humboldts verpflichtet ist. Vielmehr sollen Schülerinnen und Schüler darauf abgerichtet werden, Untertanen eines elitengeführten autoritären Staates zu sein. Es geht der Partei um Bildung gegen die Demokratie. ■